



## PI-NEWS-VIDEOKOLUMNE

# Zahl der Woche #2: Martin Sellner über die deutsche Zweiklassenjustiz

Von MARTIN SELLNER | Der Fall Marcus H. zeigt so eindeutig wie nie die Zweiklassenjustiz in Deutschland. Sabri H. hat Marcus getötet. Dafür war er keinen einzigen Tag in Haft. Die deutsche Justiz sträubte sich dagegen, ihn überhaupt vor Gericht zu bringen und ließ ihn nun mit zwei Jahren auf Bewährung davonkommen.

Nicht davongekommen sind sogenannte „Hassposter“, die sich online über die Massenmigration äußerten. Sie kamen für ihre Meinungsäußerungen in Haft.

Anders das ehemalige Vorstandsmitglied des Türkischen Elternbunds Hamburg, Malik Karabulut. Er kam nicht einmal vor Gericht, als er Deutsche als „Köterrasse“ diffamierte. Der Grund, den die Staatsanwaltschaft dafür angab, ist so absurd wie entlarvend: Deutsche seien „nicht beleidigungsfähig.“

Der nicht beleidigungsfähige Deutsche darf offenbar folgenlos totgeschlagen werden, wenn es nach dieser verdrehten Justiz geht. Doch was ist die wahre Ursache dieses Problems? Diese

Frage beantworte ich in diesem Video.

---

*(PI-NEWS-Kolumnist [Martin Sellner](#), 30, ist politischer Aktivist, Sprecher der Identitären Bewegung Österreich, Autor und [Vlogger](#). Seine neue Video-Kolumne „Zahl der Woche“ erscheint sonntags exklusiv hier auf PI-NEWS)*

---



## **Können „Schutzsuchende“ zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden?**

Von CANTALLOOP | Unsere deutschen Flüchtlingsräte, die zwischenzeitlich bundesländerübergreifend Zusammenschlüsse gebildet haben, gelten als Sprachrohr und Interessenvertreter der hier eingewanderten „Schutzsuchenden“. Immer wieder fallen diese Räte durch heftige und gleichwohl unverhältnismäßige Forderungen auf, die oftmals hart an der Grenze des Erträglichen angesiedelt sind.

Unlängst wurde, aus Gründen des Corona-Schutzes verlangt, zukünftig explizit [Hotelzimmer](#), Pensionen sowie private Ferienwohnungen für Asylbewerber anzubieten, die ja aufgrund der aktuellen Reiseblaute ohnehin leer stünden. Sammelunterkünfte seien fortan nicht mehr sicher genug.

Muzaffer Öztürkyilmaz, Referent des Flüchtlingsrats empfahl darüber hinaus, dass auch Kirchen vakante Räumlichkeiten bereitzustellen hätten, aber nur mit überall verfügbarem WLAN – plus hygienisch einwandfreien Sanitärräumen für jeden Einzelnen.

Unnötig zu erwähnen, dass die fordernden „Flüchtlinge“ und deren Vertreter in dieser Causa sofort Beistand von zahlreichen linksgesinnten NGOs, Verbänden und Asylorganisationen erhielten. Für die Gäste nur das Beste! Aufgrund dessen sehen Flüchtlingsratssprecher den neuerlichen Vorschlag des bayerischen CSU- Innenministers Herrmann, hinsichtlich des Einsatzes von eingereisten jungen Männern bei der anstehenden Spargelernte, auch besonders kritisch.

Obwohl in Ermangelung von osteuropäischen Saisonarbeitern ernsthafte Schwierigkeiten und Engpässe in der Landwirtschaft zu befürchten sind, halten sich die Geflüchteten diesbezüglich höflich zurück.

Die [Süddeutsche berichtet](#) am 27. März:

*Asylbewerber sollten nach einem Vorschlag von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in der Corona-Krise als Erntehelfer arbeiten dürfen. Dazu müssten Ausländerbehörden Asylbewerbern Beschäftigungserlaubnisse erteilen. Damit reagierte Herrmann auf Hilfsappelle aus der Landwirtschaft. Dort fehlen angesichts der Corona-Krise Hunderte osteuropäische Erntehelfer. Diese können wegen der geschlossenen Grenzen nicht einreisen. „Mit dieser Sorge dürfen wir unsere Landwirte nicht alleine lassen“, sagte Herrmann laut Mitteilung vom Freitag. Die Gewinnung von Erntehelfern stehe im öffentlichen Interesse. Der Flüchtlingsrat reagierte verhalten auf den Vorschlag.*

**Offensichtlich jeden Bezug zur Realität verloren**

Anstatt sich als Bittsteller zu freuen, der aufnehmenden

Gesellschaft in deren aktueller Notsituation etwas entgegenzukommen, so wie es jeder dankbare Mensch in diesem Falle wohl tun würde, mahnt der edle Flüchtlingsrat lediglich empört an, dass solch ein Engagement, falls überhaupt, nur zu ihren Konditionen geschehen dürfe. Diese Bedingungen werden ausführlich dargelegt und erscheinen, wie fast immer, völlig überzogen. Dass in Anbetracht der aufziehenden Wirtschaftsrezession auch viele deutsche Kleinunternehmer, Bürger und Steuerzahler derzeit kurz vor Pleite und Verarmung stehen, interessiert die Migrantens-Lobbyisten unterdessen keinen Deut.

Solch ein impertinentes Auftreten erwartet man normalerweise bestenfalls von betuchten Touristen, Geschäftsreisenden und Investorengruppen. Dass aber Kostgänger eine vollumfängliche Versorgung ohne jede Verpflichtung oder Mithilfe erwarten und linksgerichtete Menschenrechtsgruppen dies ebenfalls befürworten, lässt uns, insbesondere als Bürger in der Krise, einmal mehr sprachlos zurück. Im deutschen Sozial-Schlaraffenland zu arbeiten, kommt für die hochherrschaftlichen Neubürger aus Nahost und Afrika offenbar nur noch in Ausnahmefällen in Frage.



**Ein Politikertod, der nach**

# Aufklärung verlangt

Von WOLFGANG HÜBNER | Der hessische Finanzminister Thomas Schäfer ist tot aufgefunden worden ([PI-NEWS berichtete](#)). Die Umstände, Schäfers Leiche wurde an einer Bahnstrecke gefunden, sollen für einen Selbstmord sprechen. Der CDU-Politiker, verheirateter Vater von zwei Kindern und nicht als krank oder depressiv bekannt, war erst 54 Jahre alt. Er galt als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von Volker Bouffier im Amt des hessischen Ministerpräsidenten.

[Bouffier hat in seiner Reaktion](#) auf den Tod des Ministers Formulierungen gebraucht, die Fragen aufwerfen. Demnach habe Schäfer „bis zuletzt Tag und Nacht dafür gearbeitet, diese Krise finanziell und organisatorisch zu bewältigen“. Er soll große Sorgen gehabt haben, die Erwartungen der Bevölkerung in Bezug auf finanzielle Hilfen nicht erfüllen zu können. „Ich muss davon ausgehen, dass ihn diese Sorgen erdrückt haben. Er fand keinen Ausweg mehr, er war verzweifelt und ging von uns. Das erschüttert uns und mich.“

Ob sich Bouffier in seiner Stellungnahme auf einen möglichen Abschiedsbrief Schäfers bezieht, ist derzeit nicht bekannt. Sicher ist aber: Wenn sich ein Politiker im besten Alter mit hervorragenden Karriereaussichten und noch kleinen Kindern plötzlich umbringt, dann sind die möglichen Ursachen dieses tragischen Todes von öffentlichem Interesse. Das gilt umso mehr, da Schäfer auch in einen CDU-Skandal um eine Villa in Marburg verwickelt war, in der sein Wahlkreisbüro untergebracht ist. Die Immobilie hatte jahrzehntelang in den Vermögensbilanzen der Partei gefehlt. Deswegen hat die CDU nun Strafgeder zu erwarten.

Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob dieser wenig spektakuläre Skandal Schäfer sonderlichen Schaden hätte zufügen können oder gar als Motiv für seinen Selbstmord in Frage käme. Wesentlich irritierender sind die Aussagen Bouffiers, der den Tod seines

Parteifreundes in direktem Zusammenhang mit den finanziellen Folgen der Virus-Krise bringt. Ein mit allen auch unsauberen Wassern gewaschener Politiker wie Bouffier macht das nicht leichtfertig: Entweder hat Schäfer dieses Motiv tatsächlich dokumentiert. Oder der Ministerpräsident will aus der Tragödie noch politisches Kapital schlagen.

Die erste Möglichkeit wäre für die Bürger mehr als beunruhigend, die zweite mehr als verwerflich. Es besteht also Grund genug, die Hintergründe dieses Todes zu klären. Fest steht jedenfalls: Wären diese Hintergründe nur ganz privater, intimer Natur, hätte sich Bouffier deutlich anders ausgedrückt in seiner Reaktion auf den Tod von Finanzminister Thomas Schäfer.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI  
-  
NE  
WS  
-  
Au  
to  
r  
Wo  
lf  
ga  
ng  
Hü  
bn  
er  
sc  
hr  
ei  
bt  
se

it  
vi  
el  
en  
Ja  
hr  
en  
fü  
r  
di  
es  
en  
Bl  
og  
,  
vo  
rn  
eh  
ml  
ic  
h  
zu  
de  
n  
Th  
em  
en  
Li  
nk  
sf  
as  
ch  
is  
mu  
s,  
Is  
la

mi  
si  
er  
un  
g  
De  
ut  
sc  
hl  
an  
ds  
un  
d  
Me  
in  
un  
gs  
fr  
ei  
he  
it  
. Der  
r  
la  
ng  
jä  
hr  
ig  
e  
St  
ad  
tv  
er  
or  
dn  
et



e  
un  
d  
Fr  
ak  
ti  
on  
sv  
or  
si  
tz  
en  
de  
de  
r  
„B  
ür  
ge  
r  
fü  
r  
Fr  
an  
kf  
ur  
t“  
(B  
FF  
)  
le  
gt  
e  
zu  
m  
En  
de  
de

s  
Ok  
to  
be  
rs  
20  
16  
se  
in  
Ma  
nd  
at  
im  
Fr  
an  
kf  
ur  
te  
r  
Rö  
me  
r  
ni  
ed  
er  
. De  
r  
le  
id  
en  
sc  
ha  
ft  
li  
ch  
e

Ra  
df  
ah  
re  
r  
is  
t  
üb  
er  
se  
in  
e  
Fa  
ce  
bo  
ok  
-  
Se  
it  
e  
er  
re  
ic  
hb  
ar  
.



# Lutz Bachmann: Wutrede unter dem Vulkan

Von JOHANNES DANIELS | Im Schatten des Vulkans Pico del Teide auf Teneriffa, dem höchsten Berg auf spanischem Staatsgebiet, räsoniert ein wütender Lutz Bachmann über den derzeitigen Tanz auf dem Narrenschiff Deutschland, der zunehmend einem Tanz auf dem ökonomischen Vulkan auf „Messers Schneide“ (im wahrsten Sinne des Wortes) gleicht. Keine Panik auf der Titanic, denn von Eisbergen geht nach Einschätzung der steuerfinanzierten politischen Freizeitkapitäne „[nur eine geringe Gefahr](#)“ aus.

So versprach Wirtschaftsminister Peter Altmaier, dass durch die „Corona-Krise [kein einziger Arbeitsplatz](#) in Deutschland verloren gehen wird“ – Lutz Bachmann hat dafür eine fesselnde Idee für Merkels sprechenden Fleischklops als Konsequenz.

Ebenso parliert der Pegida-Gründer über die Fehlkonstruktionen und -allokationen der ersten handwerklich katastrophalen „Corona-Hilfspakete“ der Bundesregierung, die in erster Linie Großkonzernen zugute kommen, die oft nicht unbedingt in Deutschland ihre Steuern entrichten können – oder wie im Falle Tesla mit dreistelligen Millionen-Steuergeldern subventioniert werden, um nichtdeutsche Arbeitnehmer anzuheuern.

## **Dreistellig dreist ...**

Apropos „dreistellig“. Der im Zuge der Seuche wahrscheinlich komplett durchgeknallte SPD-Abgeordnete Fritz Felgentreu – Mitglied des Deutschen Bundestages für Neukölln – prahlte gerade auf twitter:

*Habe gerade 156 Milliarden Euro ausgegeben. Und ihr so?*

– Fritz Felgentreu (@fritzfelgentreu) [March 25, 2020](#)

Die so verhöhnten deutschen Steuersklaven werden Felgentreu diese Frage sehr direkt beantworten können. Dieser Volks(ver)treter wird wohl zum nächsten Ersten sein „Gehalt“ zu 100 Prozent erhalten, genauso wie alle illegalen Migranten in Deutschland alle Leistungen. „Schutzbedürftige“ können aufgrund Ausnahme-Ausführungsregelungen aus dem Innenministerium weiterhin „legal“ und weitgehend ungetestet nach Deutschland einreisen – im Gegensatz zu dringend benötigten Erntehelfern aus dem östlichen EU-Ausland. Während Deutsche mittlerweile mit Polizeikräften gehindert werden, von Berlin nach Mecklenburg zu ihrem Wohnhaus zu reisen. Innerdeutsche Grenzkontrollen für legale Deutsche, aber nicht für illegale Ausländer: Das Virus greift langsam um sich ...

Eine gute Nachricht: Bei der Digitalisierung macht Deutschland theoretisch Plätze gut und schließt „langsam“ auf zu Albanien und Ruanda, die beim Digitalisierungsgrad noch vor der Bundesrepublik liegen. Alles hierzu im neuesten Video von Lutz Bachmann.

.



**Stephan Brandner: „Eine AfD-**

# Regierung hätte uns viel erspart!“

Inmitten der Krise melden sich Stephan Brandner und Dr. Alexandra Kloß in ihrem Videoformat „5 Fragen – 5 Antworten“ mit einer klaren Botschaft zu Wort: Hätten wir jetzt eine AfD-Regierung, würde es uns allen besser gehen. Wieso? Das beantwortet das Video in 15 Minuten.

Nur so viel: Vorsorge ist besser als Nachsorge. Egal, ob es um Grenzschutz, Finanzierung von Krankenhäusern, Bildung und Forschung oder Steuererleichterungen geht: die Konzepte der AfD frühzeitig umzusetzen, hätte allen geholfen.

Die Versäumnisse der Altparteien werden gerade jetzt besonders deutlich, was sich nicht nur darin zeigt, dass ein Szenario bezüglich der Ausbreitung einer Pandemie in Deutschland aus dem Jahr 2012 (BT-Drs. 17/12051) vollkommen ignoriert wurde, sondern auch daran, dass die Schließung der Grenzen heute umgesetzt und bis vor wenigen Tagen noch ein Tabu war.

„Mit einer AfD-Regierung gäbe es auch eine leistungsorientierte Forschung, jenseits der Genderwissenschaften, umfassende Investitionen in eine flächendeckende Krankenhausinfrastruktur und in dezentrale Strukturen sowie die ländlichen Räume, die gerade in Zeiten, in denen das Gebot des Abstandhaltens die Runde macht, wichtig sind“, so Brandner.

Und weiter: „Mit unserer Forderung nach einer Steuerentlastung aller Bürger, mehr Netto vom Brutto, mehr Meistern statt Mastern, also dem klaren Vorrang der beruflichen Ausbildung vor der universitären und auch der Beibehaltung und Förderung des Individualverkehrs lagen und liegen wir goldrichtig. Insgesamt würde es Deutschland und den Bürgern deutlich besser gehen, würde die AfD Regierungsverantwortung tragen!“



# **AfD-Abgeordnete Petersen wirft Jens Spahn Missmanagement vor**

Die AfD-Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft, Olga Petersen, hat sich in einem Video-Statement kritisch über das Missmanagement von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in der Corona-Krise geäußert. Schon im Februar habe sich ein Hersteller von Hygienebekleidung, Mundschutz und Atemschutzmasken mit der Warnung an Spahn gewandt, dass es zu Engpässen kommen könnte. Eine Antwort gab der Minister und mögliche Merkel-Nachfolger erst knappe sechs Wochen später in der Sendung von Markus Lanz. Schauen Sie selbst!

---



# Der Virus-Krach hat in der EU schon begonnen

Von WOLFGANG HÜBNER | Offene Grenzen, offener Waren- und Kapitalverkehr, offene Arbeitsmärkte – dafür war, dafür ist die EU geschaffen worden. Das weiß jeder, der sich nicht von ideologischen Nebelgebilden wie „Friedensprojekt“ oder gar „Weltmacht der Humanität“ blenden lässt.

In der jetzigen Krise zeigt die EU ein ganz anderes Gesicht: Die in ihr verbundenen Nationalstaaten reagieren nach dem Motto „Rette sich wer kann“ und schließen – die einen früher, die anderen später – ihre Grenzen. Selbst das Reich der guten Merkel-Fee konnte sich nicht anders helfen, wollte es nicht eine innenpolitische Erschütterung riskieren, die allerdings ohnehin noch kommen wird.

Nun sind die ökonomisch schwachen EU-Staaten im Eilverfahren wieder in der Situation, die Mario Draghi, den ehemaligen EZB-Präsidenten, zu seiner berühmt-berüchtigten Äußerung „Whatever it takes!“ im Juli 2012 veranlasste: Kein EU-Staat sollte finanziellen Bankrott anmelden müssen – unter keinen Umständen und zu jedem Preis. Was seitdem mit abenteuerlichen Finanzmanipulationen der EZB unter dem Beifall der Politiker in Brüssel, Berlin, Rom, Madrid und anderswo zur Stabilisierung des Wackelkandidaten EU zu führen schien, ist plötzlich brüchiger denn je.

Denn der Video-Gipfel der Chefs der EU-Mitgliedsstaaten am



vergangenen Donnerstag hat gezeigt, dass es mit der Einigkeit ganz schnell vorbei ist, wenn es um die Folgekosten geht, die von der Virus-Krise in derzeit noch völlig unabsehbarer Weise ausgelöst werden. Dabei geht es um zwei Multimilliarden-Instrumente, die nach Ansicht von neun Mitgliedsstaaten Rettung verheißen sollen: Um den Euro-Krisenfonds ESM sowie um die sogenannten Eurobonds, die jetzt mit kalkulierter Sentimentalität als „Corona-Bonds“ den (noch) finanzkräftigen EU-Mitgliedern wie Deutschland, Österreich oder Holland schmackhaft gemacht werden sollen.

Schaut man sich die Staaten an, die auf riesige Finanzspritzen dringen, dann gibt es keine Überraschungen: Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Belgien, Irland, Slowenien, Griechenland – und auch das offenbar total verarmte Luxemburg. Sie alle werden in den nächsten Wochen immer stärker auf die Vergemeinschaftung der Schulden, also auf Eurobonds, drängen. Denn ESM kann nur Kredite vergeben und ist mit Kontrollen verbunden, also wenig attraktiv.

Noch lehnt die Bundesregierung Eurobonds ab. Denn diese würden die Finanzierung der eigenen rapide steigenden Schuldenlast zusätzlich stark verteuern. Die daraus resultierenden Lasten müssten selbstverständlich die deutschen Steuerzahler und Arbeitnehmer tragen. Was Grünen-Star Robert Habeck erwartungsgemäß nicht stört: Er drängt auf ein Einknicken der Bundesregierung in Sachen Eurobonds.

Für das schwer angeschlagene, schon vor der jetzigen Krise überschuldete Italien hingegen gibt es kaum eine andere Möglichkeit als diese Eurobonds-Variante der Vergemeinschaftung von Schuldentragfähigkeit. Deshalb kam von Italien auch der größte Widerstand gegen die angestrebte Einigung auf dem Video-Gipfel. Der endete folglich ohne Ergebnis. Frankreich spielt unter Macron wie immer ein Doppelspiel: Mit dem ökonomisch stärkeren Deutschland nicht offen anlegen, aber Italien, Spanien und andere zum eigenen Vorteil gegen die angeblich geizigen Deutschen aufstacheln.

Merkel und Scholz stehen jedenfalls schon jetzt vor einem Dilemma. Bleiben sie bei ihrem Widerstand gegen die Euro/Coronabonds, riskieren sie den Ausstieg der verzweifelten Italiener, vielleicht auch der Spanier aus der EU. Geben sie aber nach, dann ist der Schaden für die deutschen Interessen unabsehbar und nebenbei die AfD wieder im Spiel. Die nächsten Wochen dürften in jeder Beziehung an Dramatik schwerlich zu übertreffen sein.

---



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI  
-  
NE  
WS  
-  
Au  
to  
r  
Wo  
lf  
ga  
ng  
Hü  
bn  
er  
sc  
hr  
ei  
bt  
se  
it  
vi  
el  
en  
Ja  
hr

en  
fü  
r  
di  
es  
en  
Bl  
og  
,  
vo  
rn  
eh  
ml  
ic  
h  
zu  
de  
n  
Th  
em  
en  
Li  
nk  
sf  
as  
ch  
is  
mu  
s,  
Is  
la  
mi  
si  
er  
un  
g  
De

ut  
sc  
hl  
an  
ds  
un  
d  
Me  
in  
un  
gs  
fr  
ei  
he  
it  
.   
De  
r  
la  
ng  
jä  
hr  
ig  
e  
St  
ad  
tv  
er  
or  
dn  
et  
e  
un  
d  
Fr  
ak  
ti

on  
sv  
or  
si  
tz  
en  
de  
de  
r  
„B  
ür  
ge  
r  
fü  
r  
Fr  
an  
kf  
ur  
t“  
(B  
FF  
)  
le  
gt  
e  
zu  
m  
En  
de  
de  
s  
Ok  
to  
be  
rs  
20

16  
se  
in  
Ma  
nd  
at  
im  
Fr  
an  
kf  
ur  
te  
r  
Rö  
me  
r  
ni  
ed  
er  
.  
De  
r  
le  
id  
en  
sc  
ha  
ft  
li  
ch  
e  
Ra  
df  
ah  
re  
r  
is

t  
üb  
er  
se  
in  
e  
Fa  
ce  
bo  
ok  
-  
Se  
it  
e  
er  
re  
ic  
hb  
ar  
.



**Covid-19:           Opium           statt  
Beatmung für Hochbetagte in**

# Frankreich

Von EUGEN PRINZ | Die FAZ [meldete am Samstag Abend](#), dass sich der 54-jährige hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) das Leben genommen hat. Er wurde im Bereich der Bahngleise der ICE-Strecke in der Gemarkung Hochheim tot aufgefunden. In einer ersten Meldung der FAZ hieß es:

*„Wie aus Ermittlerkreisen zu hören war, hat Schäfer einen Abschiedsbrief hinterlassen. Darin habe er die Gründe für seinen Suizid genannt. Dem Vernehmen nach soll Schäfer darin von einer „Aussichtslosigkeit“ gesprochen haben, die er gesellschaftlich, aber auch bezogen auf die wirtschaftliche Lage des Landes sehe. Diese Aussichtslosigkeit habe er unter anderem konkret auf die derzeitige Situation bezogen, die ihm offenbar „zu schaffen“ gemacht habe.“*

Später wurde der Text durch diese Zeilen ersetzt:

*„Wie aus Ermittlerkreisen zu hören war, hat Schäfer einen Abschiedsbrief hinterlassen. Darin habe er die Gründe für seinen Suizid genannt. Weitere Angaben zum Sachverhalt wollten die Ermittler am Samstagabend nicht machen.“*

## **Verzweiflungstat aufgrund der Corona-Folgen?**

Gut möglich, dass die zerstörerischen Folgen der Maßnahmen gegen die Corona-Epidemie zu der Verzweiflungstat geführt haben. Dies ist umso tragischer, als sich immer mehr Mediziner zu Wort melden, die das Virus als nicht gefährlicher als eine Grippe einstufen und daher die gravierenden Einschränkungen für unnötig halten.

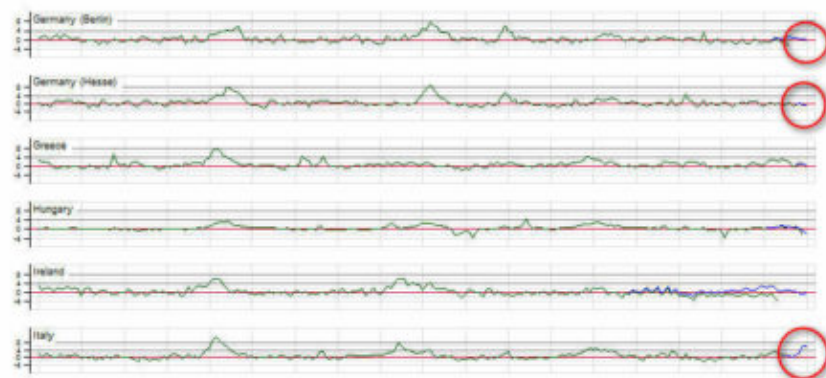
Dr. Bodo Schiffmann ist Facharzt für Schwindelanfälle und Leiter der Schwindelambulanz Sinsheim. In einem von YouTube „wegen Verstoßes gegen die Community Richtlinien“ gelöschten Video hat der Mediziner brisante Informationen über das Corona-Virus veröffentlicht. Eine Kopie des Videos wurde nun



wieder hochgeladen, wie lange es online bleibt, ist abzuwarten.

Was qualifiziert nun einen Mediziner, dessen Fachgebiet Gleichgewichtsstörungen sind, sich über COVID-19 zu äußern? Ganz einfach: Er hat Zugang zur Fachliteratur und ist in der Lage, die dort zur Verfügung gestellten, relevanten Informationen zusammenzutragen und zu interpretieren. In seinem Video präsentiert er vier wichtige Erkenntnisse, die er für den medizinischen Laien leicht verständlich darlegt:

1. Der neueste [europäische Monitoringbericht](#) zur Gesamtsterblichkeit vom 26. März zeigt in allen europäischen Ländern normale oder unterdurchschnittliche Werte. Lediglich in Italien wird bei der Altersgruppe 65+ eine aktuell erhöhte Gesamtsterblichkeit prognostiziert, die allerdings noch unter den Werten der Grippewellen 2016/2017 und 2017/2018 liegt.



Rote Linie=Durchschnitt

Blaue Linie=aktuelle Sterblichkeit

2. Das *New England Journal of Medicine* ist die weltweit führende medizinische Fachzeitschrift. In seiner neuesten Ausgabe vom 26. März 2020 heißt es: „(...) Dies deutet darauf hin, dass die klinischen Gesamtfolgen von COVID-19 letztlich eher denen einer schweren saisonalen Grippe (mit einer Todesfallrate von etwa 0,1%) oder einer pandemischen Grippe wie 1957 und 1968 ähneln, als einer Krankheit wie SARS oder MERS (...)“

Anthony S. Fauci, M.D., H. Clifford Lane, M.D., and Robert R. Redfield, M.D.

*n engl j med* 382;13 *nejm.org* March 26, 2020

- This suggests that the overall clinical consequences of Covid-19 may ultimately be more akin to those of a severe seasonal influenza (which has a case fatality rate of approximately 0.1%) or a pandemic influenza (similar to those in 1957 and 1968) rather than a disease similar to SARS or MERS, which have had case fatality rates of 9 to 10% and 36%, respectively.<sup>2</sup>

3. Das deutsche Institut für Katastrophenmedizin informierte kürzlich das Innen- und Sozialministerium von Baden-Württemberg, sowie den SARS-CoV-2 Führungsstab, über Maßnahmen die in Frankreich aktuell laufen. Seit dem 21. März erhalten Patienten über 80 Jahren dort keine Intubation (Beatmung) mehr, sondern eine „Sterbebegleitung“ mit Schlafmitteln und Opiaten durch den Rettungsdienst. Nach Ansicht des Autors ist man hier gefährlich nahe an der Euthanasie, falls die rote Linie damit nicht schon überschritten wurde.

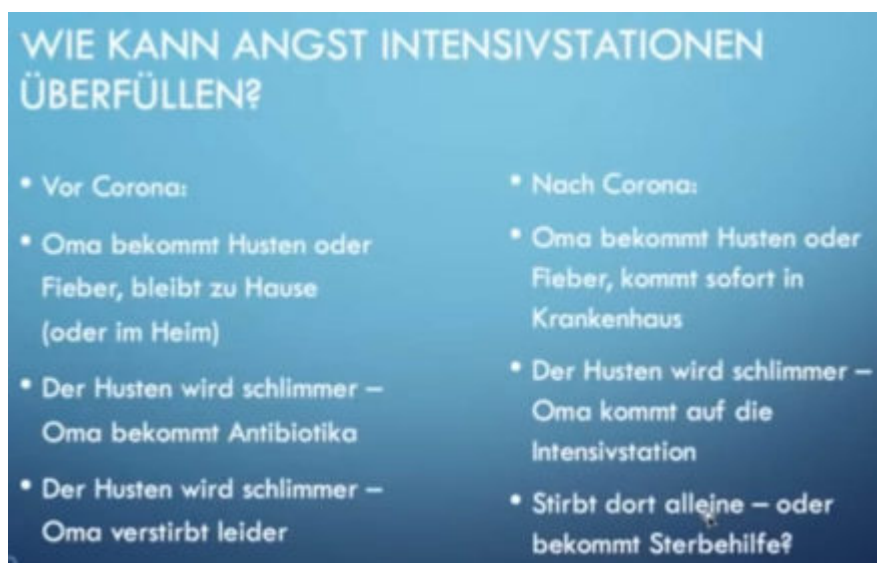
Situation im Elsass – Universitätsklinikum Straßburg – in Stichworten – medizinische Details

- Seit 21.03.2020: Patienten über 80 Jahre keine Intubation (Beatmung) mehr  
Stattdessen Sterbebegleitung durch Opiate und Schlafmittel
- In Pflegeheimen: Patienten über 80 Jahre, die beatmungspflichtig wären, erhalten eine schnelle Sterbebegleitung mit Opiaten und Schlafmitteln, durch den Rettungsdienst. Vorgehensprotokoll erstellt und verantwortet durch Ethikkommission mit hoheitlichem Status
- Diese Ethikkommission wurde wegen dieser Krise berufen. Diese gibt die aktuelle Vorgehensweise vor. Zudem, welche Patienten nicht mehr behandelt werden können. Der Rettungsdienst hält Rücksprache in jedem Einzelfall und geht danach rechtssicher gemäß Vorgabe der Ethikkommission vor.

Screenshot aus dem Video

4. Die Krankenhäuser sind nur wegen der reißerischen und unverantwortlichen Berichterstattung und der gezielten Panikmache überfüllt.

*Anmerkung des Autors: Besonders dieser Punkt ist gut nachvollziehbar. Bei einer Influenza nimmt man einen Schluck Wick medinait, wirft eine Paracetamol hinterher, legt sich ins Bett und kuriert die Grippe aus, ohne sich großartig darüber aufzuregen. OK, wir Männer jammern ein bisschen. Ist man jedoch mit COVID-19 infiziert oder glaubt, es zu sein, gesellt sich bei vielen Menschen zu den üblichen Beschwerden eine Todesangst, die dazu führt, dass man sich maßlos hineinsteigert und sich dann sämtliche Symptome dramatisch verschlechtern. Dann sind die Krankenhäuser voll.*



Das Video von Dr. Schiffmann liefert noch einige weitere interessante Details, einfach mal ansehen und sich selbst ein Urteil bilden.

### **Ausgangsbeschränkungen sind zu beachten!**

Abschließend soll noch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die staatlich verordneten Beschränkungen für die Bevölkerung Gesetzeslage sind und beachtet werden müssen, selbst wenn man sie für Unsinn hält.

Sollte sich der F\*ckdown später als unnötig herausstellen, sollten tausende von kleinen und mittleren Betrieben wegen nichts Pleite gemacht haben, sollten hunderttausende, vielleicht Millionen von Menschen arbeitslos geworden sein und ihre Ersparnisse für nichts verloren haben, können Sie sich im kommenden Jahr an der Wahlurne bei der Politik revanchieren. Und die Mainstream Medien strafen Sie einfach durch ihr Konsumverhalten.

---



Eugen Prinz  
auf dem Freie  
Medien-  
Kongress in  
Berlin.

*[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

- » [Spende an den Autor](#)
- » [Twitter Account des Autors.](#)